

Senatsverwaltung für Finanzen, Klosterstraße 59, 10179 Berlin

An die Senatsverwaltungen (einschließlich Senatskanzlei)
die Verwaltung des Abgeordnetenhauses
die Präsidentin des Verfassungsgerichtshofes
die Präsidentin des Rechnungshofes
die Berliner Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit
die Bezirksämter
die Sonderbehörden
die nichtrechtsfähigen Anstalten
die Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts mit Dienstherrnfähigkeit
die Eigenbetriebe
die Eigengesellschaften

Geschäftszeichen:

IV D 33 - P 6102-235/2020-22-4

IV B 15 - TTVL

Bearbeiter/in:

Frau Warsany/Herr Donoli

Zimmer: 1030/1110

Telefon: +49 30 9020 2097/3076

Telefax: +49 30 9020 28 2097/3076

IVD3@senfin.berlin.de

SENFINTarifrecht@senfin.berlin.de

Elektronische Zugangseröffnung gem. § 3a Abs. 1 VwVfG:
poststelle@senfin.berlin.de

De-Mails richten Sie bitte an:

post@senfin-berlin.de-mail.de

www.berlin.de/sen/finanzen

Verkehrsverbindungen:

U Klosterstraße / S+U Jannowitzbrücke

Datum 12.04.2021

nachrichtlich:

an den Hauptpersonalrat
den Hauptrichter- und Hauptstaatsanwaltsrat
die Hauptschwerbehindertenvertretung
die Hauptvertrauensperson der schwerbehinderten Richterinnen und Richter des Landes Berlin
die Vertrauensperson der schwerbehinderten Menschen im höheren Dienst der Staatsanwaltschaft
den DGB Bezirk Berlin-Brandenburg
den dbb Beamtenbund und Tarifunion Berlin

Rundschreiben IV Nr. 33/2021

**Arbeits- und dienstrechtliche Aspekte beim Umgang mit den Auswirkungen der anhaltenden SARS-CoV-2-Pandemie;
hier: Hinweise und Erweiterungen der Regelungen zur Freistellung für Kinderbetreuung**

Rundschreiben IV Nr. 27/2020 vom 12. März 2020,



Die Senatsverwaltung für Finanzen ist seit August 2011 als familienbewusste Arbeitgeberin zertifiziert.

Rundschreiben IV Nr. 28/2020 vom 17. März 2020,
Rundschreiben IV Nr. 34/2020 vom 17. April 2020,
Rundschreiben IV Nr. 45/2020 vom 19. Mai 2020,
Rundschreiben IV Nr. 76/2020 vom 16. September 2020,
Rundschreiben IV Nr. 99/2020 vom 15. Dezember 2020
Rundschreiben IV Nr. 106/2020 vom 28. Dezember 2020

Aufgrund der flächendeckenden Schließung von Betreuungseinrichtungen hat die Senatsverwaltung für Finanzen zuletzt mit Rundschreiben vom 28. Dezember 2020 Regelungen für die Gewährung von Dienst- und Arbeitsbefreiungen zum Zwecke der Kinderbetreuung in Umsetzung der Regelung des § 56 Absatz 1a und Absatz 2 Infektionsschutzgesetz (IfSG) getroffen. Diese waren bis zum 31. März 2021 befristet.

Mit diesem Rundschreiben werden die getroffenen Regelungen **unbefristet** ohne zeitliche Unterbrechung aufrechterhalten und modifiziert. Sie berücksichtigen die jüngste Novellierung des § 56 Absatz 1a und Absatz 2 Satz 4 IfSG. Mit dem Gesetz zur Fortgeltung der die epidemische Lage von nationaler Tragweite betreffenden Regelungen vom 29. März 2021 (BGBl. I S. 370) wurde der Entschädigungsanspruch des § 56 Absatz 1a Satz 1 IfSG erneut erweitert und die Feststellung getroffen, dass die Entschädigungsleistung nach § 56 Absatz 2 Sätze 4 und 5 IfSG jeweils pro Jahreszeitraum (s. u.) zu bemessen ist. Zudem regelt § 56 Absatz 2 Satz 5 IfSG, dass der Anspruch während eines laufenden Jahres für die Zeit der vom Deutschen Bundestag nach § 5 Absatz 1 Satz 1 IfSG festgestellten epidemischen Lage von nationaler Tragweite in Anspruch genommen werden kann.

Das im Übrigen inhaltlich unveränderte Bezugsrundschreiben vom 28. Dezember 2020 wird aufgehoben und durch dieses Rundschreiben ersetzt. Neuerungen werden in der vorliegenden Neufassung durch Randstriche kenntlich gemacht.

Die Regelungen werden mit Veröffentlichung dieses Rundschreibens in Anlehnung an die Regelungen des § 56 Absatz 1a und Absatz 2 Satz 4 und Satz 5 IfSG wie folgt gefasst:

Nach § 56 Absatz 1a und Absatz 2 Satz 4 und Satz 5 Infektionsschutzgesetz (IfSG) besteht für Tarifbeschäftigte in Fällen der Schließung oder des Betretungsverbots, auch aufgrund einer Absonderung (z. B. Kind in Quarantäne), von Betreuungseinrichtungen von Kindern, Schulen oder Einrichtungen für Menschen mit Behinderungen oder wenn von der zuständigen Behörde aus Gründen des Infektionsschutzes Schul- oder Betriebsferien angeordnet oder verlängert werden, die Präsenzpflcht in einer Schule aufgehoben oder der Zugang zum Kinderbetreuungsangebot eingeschränkt wird oder eine behördliche Empfehlung vorliegt, vom Besuch einer Einrichtung zur Betreuung von Kindern, einer Schule oder einer Einrichtung für Menschen mit Behinderungen abzusehen, ein Anspruch auf Entschädigung in Höhe von 67 Prozent des Verdienstauffalls für die Dauer der vom Deutschen Bundestag nach § 5 Absatz 1 Satz 1 IfSG festgestellten epidemischen Lage von nationaler Tragweite unabhängig von der Anzahl der Kinder für längstens zehn Wochen pro Jahreszeitraum für jede erwerbstätige Person und für längstens 20 Wochen pro Jahreszeitraum für alleinerziehende erwerbstätige Personen; für einen vollen Monat wird höchstens ein Betrag in Höhe von 2.016,- Euro gewährt. Als Verdienstauffall gilt nach § 56 Absatz 3 IfSG das Arbeitsentgelt, das dem Arbeitnehmer bei der für ihn

maßgebenden regelmäßigen Arbeitszeit zusteht, vermindert um Steuern und Beiträge zur Sozialversicherung sowie zur Arbeitsförderung oder entsprechenden Aufwendungen zur sozialen Sicherung in angemessenem Umfang (Netto-Arbeitsentgelt).

Nach dem neuen § 56 Absatz 2 Satz 5 IfSG besteht der Anspruch auf Entschädigung pro erwerbstätige Person für die Dauer der vom Deutschen Bundestag nach § 5 Absatz 1 Satz 1 IfSG festgestellten epidemischen Lage von nationaler Tragweite pro Jahreszeitraum. Laut der Gesetzesbegründung beginnt der Jahreszeitraum frühestens mit der erstmaligen Feststellung des Deutschen Bundestages nach § 5 Absatz 1 Satz 1 IfSG zum 28. März 2020. Der Anspruch nach § 56 Absatz 1 a IfSG wurde am 30. März 2020 erstmalig eingeführt. **Damit entsteht der Anspruch auf Entschädigung in Höhe der nachfolgenden Berechnung mit Beginn des 30. März 2021 neu.** Eine Übertragungsmöglichkeit von Tagen aus dem alten Gewährungszeitraum besteht nicht.

Der Deutsche Bundestag hat zuletzt am 4. März 2021 (BT-Drs. 19/27196) das (Fort-)Bestehen einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite nach § 5 IfSG festgestellt. Die Feststellung einer epidemischen Lage von nationaler Tragweite gilt als aufgehoben, sofern der Deutsche Bundestag nicht spätestens drei Monate nach deren Feststellung bzw. der Feststellung des Fortbestehens das Fortbestehen der epidemischen Lage von nationaler Tragweite feststellt. Sollte also bis Juni 2021 kein neuerlicher Beschluss zur Fortsetzung gefasst werden, laufen die Regelungen aus. Der Entschädigungsanspruch nach § 56 Absatz 1a IfSG besteht damit gegenwärtig solange, wie das Fortbestehen der epidemischen Lage erneut festgestellt wird.

Für Tarifbeschäftigte hat der Arbeitgeber die Entschädigung nach § 56 Absatz 1a für die in Absatz 2 Satz 5 genannte Dauer auszuführen (§ 56 Absatz 5 Satz 2). Für Tarifbeschäftigte wird der durch den Arbeitgeber voraus zu leistende Entschädigungsanspruch für Verdienstauffälle nach § 56 Absatz 1a IfSG mit der nachstehenden Regelung erfüllt.

Die Regelungen des § 56 Absatz 1a und Absatz 2 Satz 4 und Satz 5 IfSG finden auf Beamtinnen und Beamte keine unmittelbare Anwendung. Die Wertungen werden daher systemgerecht übertragen.

Danach kommt folgende Regelung zum Tragen:

Beamtinnen und Beamten kann unter den nachstehenden Voraussetzungen zum Zwecke der Kinderbetreuung pro Jahreszeitraum (s. o.)

- für Kinder, die das zwölfte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, und
- für Kinder mit Behinderungen, die auf Hilfe angewiesen sind, unabhängig von deren Alter

Dienstbefreiung unter Fortzahlung der Bezüge nach § 59 Landesbeamtengesetz (LBG) von insgesamt bis zu 34 Arbeitstagen (bei einer Fünf-Tage-Woche) gewährt werden.

Tarifbeschäftigten kann zum Zwecke der Kinderbetreuung pro Jahreszeitraum (s. o.)

- für Kinder, die das zwölfte Lebensjahr noch nicht vollendet haben, und
- für Kinder mit Behinderungen, die auf Hilfe angewiesen sind, unabhängig von deren Alter

eine Entschädigungsleistung für insgesamt bis zu 34 Arbeitstagen (bei einer Fünf-Tage-Woche) unter Vorauszahlung des Entgelts nach § 21 TV-L unter den im Folgenden dargestellten Voraussetzungen gewährt werden.

Es gilt: Die Regelungen gelten nur während des Zeitraumes einer vom Deutschen Bundestag festgestellten epidemischen Lage von nationaler Tragweite. Basierend auf einer regelmäßigen wöchentlichen Arbeitszeit von fünf Tagen entsprechen zehn Wochen 50 Arbeitstagen. Der Gewährungszeitraum von bis zu 34 Arbeitstagen (bei einer Fünf-Tage-Woche) bei Weiterzahlung der ungekürzten Bezüge bzw. des Entgelts nach § 21 TV-L entspricht im Ergebnis einem Entschädigungsanspruch in Höhe von 67 Prozent des Verdienstauffalls für 50 Arbeitstage.

Bei einer von der Fünf-Tage-Woche abweichenden Verteilung der regelmäßigen Wochenarbeitszeit ergibt sich die Anzahl der Freistellungstage aus der folgenden Anwendungstabelle¹:

Anwendungstabelle						
Arbeitstage je Woche	6	5	4	3	2	1
Freistellungstage	41	34	27	21	14	7

Für alleinerziehende Dienstkräfte gilt:

Diesen kann unter den nachfolgend genannten Voraussetzungen zum Zwecke der Kinderbetreuung Dienstbefreiung unter Fortzahlung der Bezüge nach § 59 LBG bzw. Freistellung unter Vorauszahlung des Entgelts nach § 21 TV-L von bis zu 67 Arbeitstagen (bei einer Fünf-Tage-Woche) gewährt werden.

Bei einer von der Fünf-Tage-Woche abweichenden Verteilung der regelmäßigen Wochenarbeitszeit ergibt sich die Anzahl der Freistellungstage aus der folgenden Anwendungstabelle:

Anwendungstabelle für alleinerziehende Dienstkräfte						
Arbeitstage je Woche	6	5	4	3	2	1
Freistellungstage	81	67	54	41	27	14

Voraussetzungen:

- Von der zuständigen Behörde wird in Reaktion auf die Ausbreitung der SARS-CoV-2-Pandemie

¹ Verbleibt bei der Umrechnung ein Bruchteil, wird dieser stets auf einen vollen Freistellungstag aufgerundet. Abweichungen zwischen der allgemeinen Anwendungstabelle und der für alleinerziehende Personen resultieren aus dieser Aufrundung; es ist daher nicht möglich, die Werte „einfach zu verdoppeln“.

- eine Gemeinschaftseinrichtung, wie Kindertagesstätte, Tagesgroßpflegestelle, Eltern-Kind-Initiative (o. ä.), eine Einrichtung für Menschen mit Behinderungen, eine Einrichtung der ergänzenden Förderung und Betreuung oder eine Schule usw. geschlossen,
- deren Betreten, auch aufgrund einer Absonderung, untersagt,
- aus Gründen des Infektionsschutzes Schul- und Betriebsferien angeordnet oder verlängert oder
- die Präsenzpflicht in einer Schule aufgehoben,
- der Zugang zum Kinderbetreuungsangebot eingeschränkt oder
- eine behördliche Empfehlung,
 - vom Besuch einer Einrichtung zur Betreuung von Kindern, einer Schule oder
 - einer Einrichtung für Menschen mit Behinderungen abzusehen,liegt vor,
- die Schließung der vorgenannten Einrichtungen erfolgt nicht ohnehin wegen der Schul- oder Betriebsferien bzw. innerhalb der geplanten Schließzeiten und
- eine alternative Betreuung des Kindes bzw. der Kinder kann ansonsten nicht sichergestellt werden.

Der Anspruch besteht im Gewährungszeitraum unabhängig davon, ob der Dienst grundsätzlich im Homeoffice erbracht werden könnte.

Positive Arbeitszeitsalden (Mehrarbeit, Gleitzeitguthaben, Überstunden) sind vorrangig abzubauen.

Bei Beamtinnen und Beamten dürfen der Gewährung von Dienstbefreiung nach § 59 LBG im Zusammenhang mit den Maßgaben dieses Rundschreibens keine zwingenden dienstlichen Gründe entgegenstehen.

Die Freistellungstage müssen nicht zusammenhängend genommen werden. Es ist möglich, dass einzelne Tage in Anspruch genommen werden. Es können auch halbe Freistellungstage gewährt werden. Ein halber Freistellungstag entspricht der Hälfte der für den jeweiligen Arbeitstag festgesetzten regelmäßigen Arbeitszeit.

Sofern die wöchentliche regelmäßige Arbeitszeit anders als auf fünf Arbeitstage verteilt ist, erhöht oder vermindert sich der Anteil entsprechend.

In besonderen Härtefällen kann ausnahmsweise über die Grenze von 34 Arbeitstagen (bei einer Fünf-Tage-Woche) hinaus Dienstbefreiung nach § 59 LBG bzw. § 29 Abs. 3 Satz 1 TV-L gewährt werden.

Es werden folgende Hinweise gegeben:

- Zur Klarstellung wird darauf hingewiesen, dass Dienstbefreiung nach § 59 LBG bzw. Freistellung unter Vorauszahlung des Entgelts aufgrund der bisher geltenden Regelungen (mit Rundschreiben IV Nr. 106/2020) in der Zeit vom 30. bis 31. März 2021 auf die aufgrund dieses Rundschreibens zu gewährende Dienstbefreiung nach § 59 LBG bzw. Freistellung unter Vorauszahlung des Entgelts ab dem 30. März 2021 neuen Freistellungsansprüche anzurechnen sind.
- Nach einer Dienstbefreiung nach § 59 LBG unter Fortzahlung der Bezüge in Höhe von 34 bzw. 67 Arbeitstagen (bei einer Fünf-Tage-Woche) – innerhalb des Jahreszeitraumes (s. o.) – besteht die Möglichkeit einer familienbedingten Teilzeit gemäß § 54a LBG bzw. Beurlaubung (ohne Dienstbezüge) gemäß § 55 Absatz 1 LBG.

- Als Kinder gelten in Anlehnung an § 10 Absatz 4 Sozialgesetzbuch (SGB) Fünftes Buch (V) – Gesetzliche Krankenversicherung – neben den leiblichen und angenommenen Kindern auch Stiefkinder und Enkel, die die Beamtin/Tarifbeschäftigte oder der Beamte/Tarifbeschäftigte überwiegend unterhält, sowie Pflegekinder. Kinder, die mit dem Ziel der Annahme als Kind in die Obhut der Beamtin/Tarifbeschäftigten oder des Beamten/Tarifbeschäftigten aufgenommen sind und für die die erforderliche Einwilligung der Eltern zur Annahme erteilt ist, gelten als Kinder der Annehmenden und nicht mehr als Kinder der leiblichen Eltern. Stiefkinder sind auch die Kinder der Ehefrau bzw. Lebenspartnerin einer Beamtin/Tarifbeschäftigten oder des Ehemanns bzw. des Lebenspartners eines Beamten/Tarifbeschäftigten.
- Von der Schließung einer Gemeinschaftseinrichtung ist auch dann auszugehen, wenn innerhalb der Schulferien ein Anspruch auf ergänzende Förderung und Betreuung des Kindes bestanden hätte und eine Betreuung infolge der SARS-CoV-2-Pandemie bedingt nicht angeboten wird, soweit eine Schließung nicht ohnehin wegen der Schul- oder Betriebsferien erfolgen würde.
- Zur (Voraus)Leistung einer Entschädigung durch den Arbeitgeber auf Basis des § 56 Absatz 1a und Absatz 2 Satz 4 IfSG werden für Tarifbeschäftigte – innerhalb des Jahreszeitraumes (s. o.) – 34 Tage Arbeitsbefreiung (bei einer Fünf-Tage-Woche) unter Entgeltzahlung und – wegen dieser vorschussweisen Weiterzahlung des ungekürzten Entgelts – 16 Tage Arbeitsbefreiung ohne Entgeltfortzahlung gewährt (jeweils Fünf-Tage-Woche). Sofern nach Ausschöpfen dieser Möglichkeiten und (ggf. Nutzung der Härtefallregelung) weitere freie Tage zur Kinderbetreuung benötigt werden, kann eine kurzfristige Arbeitsbefreiung unter Verzicht auf das Entgelt gewährt werden (§ 29 Absatz 3 Satz 2 TV-L), oder Sonderurlaub nach § 28 TV-L.

Bei einer von der Fünf-Tage-Woche abweichenden Verteilung der regelmäßigen Wochenarbeitszeit ergibt sich die Anzahl der Freistellungstage aus der folgenden Anwendungstabelle:

Anwendungstabelle für Arbeitsbefreiung ohne Entgeltzahlung						
Arbeitstage je Woche	6	5	4	3	2	1
Freistellungstage	19	16	13	9	6	3

- Es wird gebeten, von der Rückforderung von Überzahlungen, die durch Umsetzung dieses Rundschreibens für Tarifbeschäftigte über den Entschädigungsanspruch nach § 56 Absatz 1a und Absatz 2 Satz 4 IfSG hinaus entstehen bzw. entstanden sind, abzusehen.

Unbeschadet der oben genannten Regelungen finden die gesetzlichen bzw. tarif- und beamtenrechtlichen Vorgaben für Fälle der tatsächlichen Erkrankung eines Kindes weiter Anwendung

Auf das Rundschreiben IV Nr. 11/2021 vom 29. Januar 2021 wird verwiesen. Die Ausführungen zur Wahlmöglichkeit, welche Freistellung – aus dem Rundschreiben IV Nr. 11/2021 oder dem hier zugrundeliegenden Rundschreiben – die Dienstkräfte in Anspruch nehmen wollen, bleiben unverändert bestehen.

Das Rundschreiben ist unter <https://www.berlin.de/politik-und-verwaltung/rundschreiben/> abrufbar.

Im Auftrag
Jammer